Aufruf von über 400 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern am 23.05.2003:

Sozialstaat reformieren statt abbauen – Arbeitslosigkeit bekämpfen statt Arbeitslose bestrafen

Mit den in der "Agenda 2010" angekündigten Maßnahmen will die rot-grüne Bundesregierung die Bundesrepublik bis zum Ende des Jahrzehnts aus der Wirtschafts- und Arbeitsmarktkrise führen. Die Blockaden der letzten Jahre sollen überwunden, die Wirtschaft belebt und vor allem Arbeitsplätze geschaffen werden. Wir bezweifeln aber, dass die Ansätze tatsächlich geeignet sind, diese Ziele zu erreichen. Im Wesentlichen konzentriert sich die Agenda 2010 auf drastische Leistungskürzungen in den sozialen Sicherungssystemen. Dazu zählen vor allem die Kürzung der Dauer des Arbeitslosengeldes, die faktische Abschaffung der Arbeitslosenhilfe, Verschärfung von Zumutbarkeitsregelungen, Ausgliederung des Krankengeldes aus der paritätischen Finanzierung, Aufweichungen des Kündigungsschutzes sowie die nochmalige Absenkung des Rentenniveaus. Der Opposition, den Wirtschafts- und Arbeitgeberverbänden, vielen wissenschaftlichen Beratungsgremien sowie weiten Teilen der Medien gehen diese Einschnitte noch nicht weit genug. Unter der Devise „Weniger Sozialstaat = mehr Beschäftigung“ hat ein Wettlauf um den Abbau der Kernelemente des Sozialstaats eingesetzt. So wollen CDU/CSU in den anstehenden Verhandlungen mit der Regierung Eingriffe in Tarifvertragsgesetz und Tarifautonomie sowie die Absenkung der Sozialhilfe durchsetzen.

Wir widersprechen dieser Politik, weil die angekündigten Maßnahmen die Probleme auf dem Arbeitsmarkt nicht beseitigen werden. Eine Politik, die auf der einen Seite mit den falschen Rezepten operiert, auf der anderen Seite dem Druck konservativer Lobbygruppen nachgibt, ist weder mutig noch reformorientiert. Die geplanten Einschnitte verletzen die Prinzipien sozialer Gerechtigkeit und gefährden die Substanz des Sozialstaates, schaffen aber keine Arbeitsplätze. Wir widersprechen der These, dass der Sozialstaat nicht mehr finanzierbar und die Ursache von Wachstumsschwäche und Arbeitslosigkeit sei.

Der eingeschlagene Weg führt in die falsche Richtung, weil der Politik eine falsche Krisendiagnose zu Grunde liegt.

- Die andauernde Massenarbeitslosigkeit ist die Folge fehlender Arbeitsplätze und nicht die Folge fehlender Arbeitsbereitschaft. Wer glaubt, die Arbeitsmarktkrise durch noch mehr Druck auf die Arbeitslosen zu lösen, bekämpft die Arbeitslosen, aber nicht die Arbeitslosigkeit. Die Kürzungen bei der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes und die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf dem Niveau der Sozialhilfe führen zu gravierenden Einkommenseinbußen bei den Arbeitslosenhaushalten und verschärfen das ohnehin schon hohe Armutsrisiko der Betroffenen.

- Eine Politik, die Arbeitslose unter dem Druck der materiellen Verhältnisse dazu treibt, Arbeit „um jeden Preis“ anzunehmen, fördert die Ausbreitung einer Niedriglohnökonomie auch in Deutschland. Eine solche Entwicklung steht im Widerspruch zum dringend notwendigen Ausbau qualifizierter Dienstleistungen und führt zu problematischen Verdrängungseffekten auf dem Arbeitsmarkt, nicht aber zu insgesamt mehr Beschäftigung. Besser bezahlte, gesicherte Arbeit wird durch schlechter bezahlte, prekäre Arbeit ersetzt. Die Arbeits- und Einkommensbedingungen der Beschäftigungsverhältnisse insgesamt werden gefährdet.

- Die Aufweichung des Kündigungsschutzes wird das ohnehin reduzierte Schutzniveau in Kleinbetrieben noch weiter herabsetzen, ohne dass neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Dies zeigen die Erfahrungen der Jahre 1997 und 1998. Ein beliebiges Unterlaufen tarifvertraglicher Regelungen durch betriebliche Vereinbarungen würde die zentrale Funktion des Flächentarifvertrags außer Kraft setzen, Mindeststandards für Arbeits- und Einkommensbedingungen zu garantieren.

- Die Ursachen für die gegenwärtige Finanzkrise liegen nicht im sozialstaatlichen System und dessen vermeintlich zu üppigen Leistungen. Die Finanzierungsdefizite sind in erster Linie Folge der Finanzierung der deutschen Einheit über die Sozialversicherung sowie der chronischen Arbeitsmarktkrise. Die steigende Arbeitslosigkeit führt zu erhöhten Ausgaben und sinkenden Beitrags- und Steuereinnahmen. Zur Finanzkrise hat aber auch die Steuerpolitik der letzten Jahre beigetragen, die die Entlastungen auf die Unternehmen, hohen Einkommen und die Vermögensbesitzer konzentriert hat. Insbesondere die Einnahmen aus Gewerbesteuer, Körperschaftsteuer und veranlagter Einkommensteuer sind eingebrochen.

- Die Finanzierungsprobleme und die steigenden Beitragsbelastungen in den Systemen der sozialen Sicherung werden durch Leistungsausgrenzungen (mit Verweis auf die private Vorsorge) oder verstärkte Zuzahlungen (Praxisgebühr, Arzneimittel usw.) nicht beseitigt. Es kommt dadurch lediglich zu einer Verlagerung der Finanzierung zu Lasten der Versicherten und vor allem der Kranken. Hinzu kommt, dass sich die Beitragszahlungen bei Privatversicherungen nach dem individuellen Risiko richten – ohne Berücksichtigung der Einkommens- und Familienverhältnisse. Es käme zu Unterversorgungen gerade jener Gruppen der Gesellschaft, die wegen ihrer Arbeits-, Lebens- und Einkommensbedingungen besonders hohe Gesundheitsrisiken tragen. Auch die Finanzierung des Krankengeldes allein durch die Versicherten ändert nichts an der Ausgabenentwicklung im Gesundheitssystem, sie ist ausschließlich eine Umverteilung zu Gunsten der Unternehmen und höhlt das Prinzip der paritätischen Finanzierung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus.

Mit dem eingeschlagenen Weg werden das Sozialstaatsprinzip und die Grundlagen einer auf den sozialen Ausgleich gerichteten Gesellschaftsordnung gefährdet. Wir widersprechen der Behauptung, dass diese Einschnitte „alternativlos" sind. Ein hohes Beschäftigungsniveau und ein ausgebauter Sozialstaat müssen – wie Beispiele aus europäischen Nachbarländern zeigen - keine Gegensätze sein. Um das zu erreichen, sind jedoch Maßnahmen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie Arbeitsmarkt und Sozialpolitik notwendig, die den Namen „Reform" tatsächlich verdienen. Dazu zählen insbesondere folgende Punkte:

- Um die Arbeitslosigkeit abzubauen und den Sozialstaat zu sichern, ist eine Umkehr in der Wirtschafts- und Finanzpolitik zwingend erforderlich. Die öffentlichen Investitionen müssen ausgebaut statt gekürzt werden. Durch ein öffentliches Investitionsprogramm können die überfällige Modernisierung von Infrastruktur und Umwelt sowie der Ausbau des Bildungssystems in Angriff genommen werden. Dies schafft kurzfristig Arbeitsplätze und sichert mittel- und langfristig die Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Statt durch Sozialleistungskürzungen die Kaufkraft gerade in den unteren und mittleren Einkommensbereichen zu begrenzen, bedarf es einer Stabilisierung und Erhöhung des privaten Konsums.

- Ein ausgebauter Sozialstaat kann kein „billiger" Staat sein. Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. Die Belastungen durch Steuern und Abgaben müssen sich aber nach der finanziellen Leistungsfähigkeit richten. Erforderlich ist deshalb eine Steuerreform, die sich am Maßstab sozialer Gerechtigkeit orientiert und Unternehmen sowie hohe Einkommen und Vermögen wieder stärker an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben beteiligt.

- Gerade in der Arbeitsmarktkrise bedarf es der Verstetigung der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Es ist notwendig aber nicht ausreichend, die Arbeitsverwaltung und Arbeitsvermittlung zu effektivieren. Der 2. Arbeitsmarkt und die Bildungsförderung dürfen nicht weggeschlagen, sondern müssen weiterentwickelt werden. Die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe muss ohne die angekündigten Leistungseinbußen geregelt werden.

- Statt der Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes und der angekündigten Heraufsetzung von Altersgrenzen und Rentenabschlägen bedarf es einer veränderten, altersgerechten Personalpolitik der Unternehmen. Wenn die Frühausgliederung gestoppt und Ältere länger im Arbeitsleben verbleiben sollen, dann sind dafür in den Betrieben und Verwaltungen zunächst die Voraussetzungen zu schaffen.

- Allein durch Wachstum lässt sich die Arbeitslosigkeit nicht abbauen. Der gegenwärtige Stillstand in der Arbeitszeitpolitik muss überwunden und durch unterschiedliche Formen individueller und allgemeiner Arbeitszeitverkürzungen abgelöst werden. Ziel muss es sein, das begrenzte Erwerbsarbeitsvolumen auf mehr Menschen zu verteilen. Dazu gehört aber auch, die Nicht-Erwerbsarbeit zwischen den Geschlechtern egalitär aufzuteilen.

- Die Sicherung der Finanzierungsbasis des sozialen Sicherungssystems erfordert zum einen ein sozial gerechtes Ausschöpfen der Rationalisierungsreserven. Qualität und Effizienz der Systeme müssen erhöht und die Risikoprävention gestärkt werden. Zum andern ist ein solidarisches Sicherungssystem auf Dauer nur tragfähig, wenn auch die gesamte Bevölkerung zu seiner Finanzierung beiträgt. Angesichts der Finanzierungsprobleme insbesondere bei der Renten- und Krankenversicherung muss der Weg in Richtung einer allgemeinen Erwerbstätigenversicherung eingeschlagen werden, bei der das gesamte Einkommen Maßgröße für den Finanzierungsbeitrag ist.

Unterzeichner und Unterzeichnerinnen (23.05.2003) :

Prof. Dr. Elmar Altvater, Berlin
Prof. Dr. Wilfried Altzinger, Wien
Prof. Dr. Gerhard Bäcker, Duisburg
Prof. Dr. Eva Bamberg, Hamburg
Prof. Dr. Rainer Bartel, Linz
Prof. Dr. Herbert Bassarak, Nürnberg
Dr. Peter Bartelheimer, Göttingen
Prof. Dr. Reinhart Beck, Esslingen
Dr. Irene Becker, Frankfurt
PD Dr. Iris Bednarz-Braun, München
Prof. Dr. Joachim Bergmann, Frankfurt
Dr. Ute Behnig, Wien
PD Dr. Imbke Behnken, Siegen
Prof. Dr. Hermann Behrens, Neubrandenburg
Dr. Dr. Gerhard Beisenherz, München
Dr. Benjamin Benz, Bochum
HD Dr. Hans-Jürgen Bieling, Marburg
Prof. Dr. Rudolf Bieker, Mönchengladbach
Prof. Dr. Heinz Bierbaum, Saarbrücken
Prof. Gudrun Bischoff-Kümmel, Hamburg
Dr. Reinhard Bispinck, Düsseldorf
Dr. Peter Bleses, Oldenburg
Dr. Jürgen Boeckh, Bochum
Prof. Dr. Fritz Böhle, Augsburg
Prof. Dr. Karin Böllert, Münster
Prof. Dr. Hermann Bömer, Dortmund
Dr. Andreas Boes, München
Prof. Dr. Georg Bollenbeck, Siegen
Dr. habil. Stefan Bollinger, Berlin
Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup, Gelsenkirchen
Prof. Dr. Wolfgang Bonß, München
Dipl.-Vw. Maren Bracker, Kassel
Prof. Dr. Holger Brandes Dresden
Prof. Dr. Hans-Jürgen Brückner, Rotenburg
Prof. Dr. Margrit Brückner, Frankfurt
Dipl.-Pol. Sonja Buckel, Frankfurt
Dr. Wiebke Buchholz-Will, Nordhorn
Prof. Dr. Heinz Burghardt, Emden
Prof. Dr. Christoph Butterwegge, Köln
Dr. Gazi Caglar, Hannover
Dipl.-Pol. Mario Candeias, Berlin
Prof. Dr. Heinz Cornel, Berlin
Prof. Dr. Wolfram Dargel, Hamburg
Prof. Dr. Wolfgang Däubler, Bremen
Prof. Dr. Albrecht Dehnhard, Berlin
Dr. Judith Dellheim, Berlin
Prof. Dr. Hans-Ulrich Deppe, Frankfurt
Prof. Dr. Wilfried Deppe, Köln
Prof. Dr. Christoph Deutschmann, Tübingen
Prof. Reiner Diederich, Frankfurt
Prof. Dr. Rolf Dobischat, Duisburg
Prof. Dr. Irene Dölling, Potsdam
Dr. Eckhard Domnik, Stuttgart
Prof. Dr. Jan-Peter Domschke, Mittweida
Prof. Dr. Klaus Dorner, Aachen
Dr. Dietmar Düe, Kassel
Prof. Dr. Herbert Effinger, Dresden
Dr. Kai Eicker-Wolf, Marburg
Prof. Dr. Dieter Eißel, Gießen
Prof. Dr. Susanne Elsen, München
Prof. Dr. Trevor Evans, Berlin
Dr. Jürgen Faik, Darmstadt
Prof. Dr. Peter Faulstich, Hamburg
Prof. Dr. Bernd Fichtner, Siegen
Prof. Dr. Angela Fiedler, Berlin
Prof. Dr. Franger-Huhle, Coburg
Prof. Dr. Renate Freericks, Bremen
Dr. habil. Thomas von Freyberg, Frankfurt
Prof. Dr. Gerd Friedrich, Berlin
Prof. Dr. Johannes Fromme, Magdeburg
Prof. Dr. Jochen Fuchs, Magdeburg
Dipl.-Soz. Tatjana Fuchs, Stadtbergen/Augsbg.
PD Dr. Michael Galuske, Dortmund
Prof. Dr. Heiner Ganßmann, Berlin
Prof. Dr. Klaus Gebauer, Berlin
Prof. Dr. Heiko Geiling, Hannover
Dr. Brigitte Geißel, Halle-Wittenberg
Prof. Dr. Karlheinz Geißler, München
Prof. Dr. Marianne Genenger-Stricker, Aachen
Prof. Dr. Heinz Gess, Bielefeld
Prof. Dr. Sabine Gensior, Cottbus
Prof. Dr. Cornelia Giebeler, Bielefeld
Dipl.-Soz. Günter Grewer, Saarbrücken
Dipl.-Soz.-Wiss. Birgit Gross, Mainz
Dr. Herwig Grote, Berlin
Prof. Dr. Franz Hamburger, Mainz
Prof. Dr. Dr. Bernd Hamm, Trier
Prof. Dr. Walter Hanesch, Darmstadt

Prof. Dr. Richard Hauser, Delmenhorst/Frankfurt
Prof. Dr. Michael Heine, Berlin
Dr. Marianne Heinemann-Knoch, Berlin
Prof. Dr. Arne Heise, Hamburg
Prof. Dr. Jutta Held, Karlsruhe
Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach, Frankfurt
Prof. Dr. Dieter Henkel, Frankfurt
Prof. Dr. Sabine Hering, Siegen
Prof. Dr. Hansjörg Herr, Berlin
Prof. Dr. Rudolf Hickel, Bremen
Prof. Dr. Uwe Hirschfeld, Dresden
Dr. Kajetan Hinner, Mainz
MA Herrad Hoecker, Bremen
Prof. Dr. dres. Heidi Höppner, Kiel
Prof. Dr. Klaus Hofemann, Köln
Prof. Hans Holm, Köln
Dr. Elke Holst, Berlin
Prof. Dr. Hans Günther Homfeldt, Trier
Prof. Dr. Jörg Huffschmidt, Bremen
Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster, Bochum
Dr. Christine Huth-Hildebrandt, Frankfurt
Dr. Dieter Janke, Leipzig
Prof. Dr. Wolfgang Jantzen, Bremen
Prof. Dr. Wolf-Dieter Just, Bochum
Prof. Dr. Ulf Kadritzke, Berlin
Prof. Dr. Winfred Kaminski, Köln
Dr. Jürgen Kädtler, Göttingen
Prof. Dr. Anastasios Karasavvoglou, Kavala
Prof. Dr. Jörg Kammler, Osnabrück
Prof. Dr. Rosemarie Karges, Berlin
Prof. Dr. Hans Kastendieck, Chemnitz
Prof. Dr. Peter Kaufmann, Bernburg
Prof. Dr. Theo Klauß, Heidelberg
Dr. Max Klein, Berlin
Prof. Dr. Ulla Knapp, Hamburg
Prof. Dr. Raingard Knauer, Kiel
Dr. Ellen Krause, Tübingen
MA Fabian Kessl, Bielefeld
Dipl.-Pol. Angelika Koch, Duisburg
Dr. Gerd Koch, Berlin
Dr. habil. Max Koch, Londonderry
Dr. Klaus Kock, Dortmund
Prof. Dr. Jürgen Kohl, Heidelberg
Prof. Dr. Yolanda Koller-Tejero, Hamburg
Prof. Dr. Sylvia Kontos, Wiesbaden
Prof. Dr. Thomas Korenke, Vettweiß
Prof. Dr. Klaus-Peter Kisker, Berlin
Dr. Dietmar Köster, Wetter
Dr. Ute Klammer, Düsseldorf
Dr. Uli Kowol, Bielfeld
Dipl.-Soz.-Wiss. Ralf Kraemer, Dortmund
Prof. Dr. Michael Krätke, Amsterdam
Prof. Dr. Peter Krahulec, Fulda
Prof. Dr. Barbara Krause, Aachen
Prof. Dr. Jürgen Krause, Nordhausen
Prof. Dr. Cornelia Kricheldorff, Freiburg
Prof. Dr. Martin Kronauer, Berlin
Prof. Dr. Michael Krummacher, Bochum
Prof. Dr. Ingrid Kurz-Scherf, Marburg
Prof. Dr. Martin Kutscha, Berlin
PD Dr. Jan Künzler, Rostock
Dr. Michael Lange, Hamburg
PD Dr. Lothar Lappe, Berlin
PD Dr. Karl Lauschke, Bochum
Dr. Steffen Lehndorff, Köln
Dr. Jürgen Leibiger, Radebeul
Dr. Sigrid Leitner, Göttingen
Dr. Uwe Lenhardt, Berlin
Prof. Dr. Ilse Lenz, Bochum
Dr. Anton Lerf, München
PD Dr. Stephan Lessenich, Göttingen
Prof. Dr. Manfred Liebel, Berlin
Prof. Dr. Michael Lindenberg, Hamburg
Prof. Gerhard Löhlein, Frankfurt
Prof. Dr. Joachim Löper, Koblenz
Prof. Dr. Joachim Lompscher, Berlin
Dr. Arne Lorenzen, Berlin
Prof. Dr. Peter Loviscach, Witten
Prof. Dr. Wolfgang Lüderitz, Magdeburg
PD Dr. Boy Lüthje, Frankfurt
Dr. Ralph-Elmar Lungwitz, Chemnitz
Prof. Dr. Ronald Lutz, Erfurt
Prof. Dr. Birgit Mahnkopf, Berlin
Prof. Dr. Friederike Maier, Berlin
Prof. Dr. Morus Markard, Berlin
Dr. Helmut Martens, Dortmund
Dipl.-Vw. Michael Maschke, Berlin
Prof. Dr. Alfons Matheis, Trier
Prof. Dr. Harald Mattfeld, Hamburg
Prof. Dr. Michael May, Wiesbaden
Dr. Nicole Mayer-Ahuja, Göttingen
Prof. Dr. Helmut Mair, Münster
Prof. Dr. Margit Mayer, Berlin
Prof. Dr. Ulrich Mergner, Köln
Prof. Dr. Erhard Meueler, Mainz
Prof. Dr. Birgit Meyer, Esslingen
Prof. Dr. Meyer-Höger, Darmstadt
Dr. Andreas Mielck, München
Prof. Dr. Ingrid Miethe, Darmstadt
Dr. Horst Müller, Nürnberg
Prof. Dr. Hildegard Müller-Kohlenberg, Osnabrück
Prof. Dr. Clarita Müller-Plantenberg, Kassel/Berlin
PD Dr. Urs Müller-Plantenberg, Berlin
Dr. Matthias Moehring-Hesse, Frankfurt
Dipl.-Soz. Marc Mulia, Duisburg
Prof. Dr. Gerhard Naegele, Dortmund
Dr. Wolfgang Neef, Berlin
Prof. Dr. John P. Neelsen, Tübingen
Dipl.-Soz.-Wiss. Jennifer Neubauer, Duisburg
Prof. Dr. Gela Neubeck-Fischer, München
Prof. Dr. Franz Neumann, Gießen
Dr. Ralf Neumann, Chemnitz
Dr. Torsten Niechoy, Düsseldorf
Prof. Dr. Horst Niestroy, Ludwigsburg
Prof. Dr. Josef Nietzsch, Berlin
Dr. Peter Noller, Göttingen
Dr. Gisela Notz, Bonn
Prof. Dieter Oelschlägel, Duisburg
Prof. Dr. Michael Opielka, Jena
Prof. Dr. Alfred Oppolzer, Hamburg
Dr. Teresa Orozco, Frankfurt
Dr. Wolfgang Ortlepp, Magdeburg
Prof. Dr. Friedrich Ortmann, Kassel

Prof. Dr. Erich Ott, Fulda
Prof. Dr. Hans-Uwe Otto, Bielefeld
Prof. Dr. Karl A. Otto, Bielefeld
Prof. Dr. Norman Paech, Hamburg
Prof. Dr. Sabine Pankofer, München
Prof. Peter Peschel, Essen
Prof. Dr. Friedhelm Peters, Erfurt
Dr. Gerd Paul, Göttingen
Dr. Gerd Peter, Dortmund
Dr. Hilmar Peter, Bielefeld
Prof. Dr. Lothar Peter, Bremen
Prof. Dr. Birgit Pfau-Effinger, Jena
Dr. Helmut Pfister, Erlangen
Prof. Dr. Wolfgang Piepenstock, Köln
Prof. Dr. Jan Priewe, Berlin
Dr. Hartmut Przybylski, Bochum
Prof. Dr. Sibylle Raasch, Hamburg
Prof. Dr. Günter Rausch, Freiburg
Dipl.-Soz. Josef Reindl, Saarbrücken
Dr. Andreas Reiners, Aachen
Dipl.-Soz.-Ök. Jörg Reitzig, Berlin
Dr. Gerhard Richter, München
Prof. Dr. Marlo Riege, Mönchengladbach
Prof. Dr. Klaus Riekenbrauck, Düsseldorf
Prof. Rainer Rilling, Berlin
Prof. Dr. Eckhard Rohrmann, Marburg
Prof. Dr. Thomas Rose, Münster
Prof. Dr. Roland Roth, Magdeburg
Prof. Dr. Werner Ruf, Kassel
Prof. Christoph Rust, Bielefeld
Dr. Thomas Sablowski, Berlin
Prof. Dr. Piotr Salustowicz, Bielefeld
Prof. Dr. Birgit Sauer, Wien
Prof. Dr. Dieter Sauer, München
Prof. Dr. Dr. Martina Schäfer, Berlin
Prof. Dr. Albert Scherr, Freiburg
Prof. Dr. Christoph Scherren, Kassel
Dipl.-Päd. Susanne Schlabs, Braunschweig
Dr. Irmtraut Schlosser, Berlin
Prof. Dr. Dorothea Schmidt, Berlin
Prof. Dr. Gunzelin Schmid-Noerr, Mönchengladbach
Dr. Karsten Schneider, Kassel
Prof. Dr. Hans-Jörg Schneider, Saarbrücken
Prof. Dr. Karl-Heinz Schneider, Hannover
Prof. Dr. Michael Schneider, Limburg
Prof. Dr. Norbert Schneider, Karlsruhe
Prof. Dr. Stephan Schnurr, Rostock
Dr. Margrit Schratzenstaller, Gießen
Prof. Dr. Herbert Schui, Hamburg
Dr. Michael Schuler, Tecklenburg
Dr. Stephan Schulmeister, Wien
Prof. Dr. Axel Schulte, Hannover
Prof. Susanne Schunter-Kleemann, Bremen
Prof. Dietmar Seek, Emden
Prof. Dr. Uwe Sielert, Kiel
Prof. Dr. Simmel-Joachim, Wiesbaden
Prof. Dr. Titus Simon, Magdeburg-Stendal
Prof. Dr. Heinz Sünker, Wuppertal
Prof. Dr. Richard Sorg, Hamburg
Prof. Dr. Rüdiger Spiegelberg, Freiburg
Prof. Dr. Helmut Spitzley, Bremen
Dr. Meinhard Stach, Kassel
Dr. Martina Stackelbeck, Dortmund
Prof. Dr. Silvia Staub-Bernasconi, Berlin
Dr. Johannes Steffen, Bremen
Prof. Dr. Klaus Stegmüller, Fulda
Prof. Dr. Klaus Steinitz, Berlin
Dr. Claudia Stellmach, Bonn
Dipl.-Soz. Ursula Stöger, München
Dr. Matthias Stoffregen, Frankfurt
Prof. Dr. Brigitte Stolz-Willig, Frankfurt
Prof. Dr. Henning Storz, Köln
Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Frankfurt
Prof. Dr. Andreas Strunck, Stuttgart
Prof. Dr. Peter Struth, Magdeburg-Stendahl
Prof. Dr. Benedikt Sturzenhecker, Kiel
Dr. Christina Teipen, Berlin
Prof. Dr. Joachim Tesch, Leipzig
Dr. Hildegard Theobald, Berlin
Prof. Dr. Werner Thole, Kassel
Dr. Gudrun Trautwein-Kalms, Düsseldorf
Prof. Dr. Andreas Treichler, Frankfurt
Dr. Axel Troost, Bremen
Prof. Dr. Joachim Trube, Siegen
Dr. Achim Truger, Köln
Reinhard Varchim, Bielefeld
Prof. Dr. Michael Vester, Hannover
Dr. Hermann Vetter, Schönbrunn
Prof. Dr. Fritz Vilmar, Berlin
Dr. Sabine Voigt, Berlin
Prof. Dr. Edeltraut Vomberg, Mönchengladbach
Dipl.-Soz. Ök, Dorothea Voss, Gelsenkirchen
Dr. Alexandra Wagner, Berlin
Dr. Leonie Wagner, Erfurt
Prof. Dr. Roderich Wahsner, Bremen
Dr. Heike Walk, Berlin
Dr. Viktoria Waltz, Dortmund
Dipl.-Soz. Petra Wassermann, Frankfurt
Prof. Dr. Klaus Weber, München
Prof. Dr. Brigitte Wehland-Rauschenbach, Berlin
PD Dr. Ulrike Weiler, Stuttgart
Dr. Felix Welti, Kiel
Prof. Dr. Günter Wendt, Magdeburg-Stendahl
Dr. Harald Werner, Berlin
Prof. Dr. Joachim Wieler, Erfurt
Prof. Dr. Harald Wilde, Stralsund
Prof. Dr. Christa Winter-von Lersner, Fulda
Prof. Dr. Werner Winzerling, Fulda
PD Dr. Frieder Otto Wolf, Berlin
Prof. Dr. Reinhard Wolff, Berlin
Prof. Dr. Norbert Wohlfahrt, Bochum
Prof. Dr. Jürgen Wolf, Magdeburg-Stendahl
Prof. Dr. Jörg Wollenberg, Bremen
Prof. Dr. Brigitte Young, Münster
Prof. Dr. Margherita Zander, Münster
Prof. Dr. Norbert Zdrowomyslaw, Stralsund
Prof. Dr. Jochen Zimmer, Duisburg
Prof. Dr. André Frank Zimpel, Hamburg
Prof. Dr. Karl-Georg Zinn, Aachen

Nachträge, u.a.:

Martin Bartmann, MA, Kaiserslautern

Dr. Peter Behnen, Breitnau
Dr. Reimund Anhut, Bielefeld
MA Marc Neumann, Bielefeld
MA Maria Klein-Schmeink, Münster
Dipl.-Päd. Reinhold Knopp, Düsseldorf
Dipl.-Päd. Ursel Sickendiek, Dresden
Dipl.-Psych. Christoph Kimmerle, Potsdam
Dipl.-Soz.-Wiss. Goetz Koehler, Bochum
Dipl.-Soz. Andreas Puhlmann, Frankfurt
Dr. Sigrid Stöckel, Hannover
Dipl.-Päd. Sabine Happel-Tominski, Pforzheim
Dr. Erhard Schreiber, Chemnitz
MA Alexandra Scheele, Berlin
Dr. Bernd Kern, Duisburg
Dipl.-Soz. Stefan Reuss, Berlin
Dipl.-Vw. Jan-Pieter Schulz, Hohenheim
MA Lydia Krüger, Trier
Dipl. Soz.-Wiss. Renate Büttner, Gelsenkirchen
Wiss.-Ang. Anton Schweiger, Flensburg
MA Christian Harde, Tübingen
Dipl.-Sozialwirt Knut Tullius
Dipl.Vw. Martin Mathes, Trier
Dipl.-Ök. Wilfried Kurtzke, Magdeburg
MA Dipl.-Soz. Kirsten Bruhns, München
Dipl.-Soz.-Wiss. Masha Gerding, Bochum
Dipl.oec.troph Mathias Schwarz, Kassel
Dipl.-Psych. Ines Langemeyer, Berlin
Dr. Barbara Loer, Bremen
MA Birgit Müterich, Dortmund
Dr. Klaus Mucha, Berlin
MA Jürgen Schiener, Mainz
Dr. Klaus Labsch, Berlin
Dr. Christian Gaedt, Sickte
Dr. Karsten Schuldt, Teltow
Dr. Stefan Unger, Bochum
MA Erich Raab, München
MA Silke Reuter, Bremen
MA Emily Richards, Berlin
Dr. Susanne Hildebrandt, Reims
Dr. Martin Spiess, Berlin
Dr. Irene Below, Bielefeld
Dipl.-Päd. Elke Mathes
Dip.-Pol. Annelie Rühling, Hamburg
MA Anja Weberling, Hamburg
Dr. Ursula Schröter, Berlin
Dr. Sabine Andresen, Heidelberg
Dr. Thomas Haipeter, Gelsenkirchen
MA Helmut Malmes, Aachen
Dipl.-Soz. Tanja Schmidt, Berlin
Dipl.-Pol. Anja Lieb, Marburg
Dipl.-Pol. Norbert Fröhler, Berlin
Dipl.-Pol. Ulla Pinsel, Berlin
Dr. Rainer Zuch, Marburg
Dr. Barbara Skripski, Berlin